

Veröffentlichungen
des
Collegium Carolinum

Band 108

Herausgegeben vom
Vorstand des Collegium Carolinum
Forschungsstelle für die böhmischen Länder

Diskurse über
Zwangsmigrationen in
Zentraleuropa

Geschichtspolitik, Fachdebatten,
literarisches und lokales Erinnern seit 1989

Herausgegeben

von

Peter Haslinger, K. Erik Franzen und Martin Schulze Wessel

R. OLDENBOURG VERLAG MÜNCHEN 2008

R. OLDENBOURG VERLAG MÜNCHEN 2008

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Bibliographic information published by the Deutsche Nationalbibliothek

The Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie; detailed bibliographic data are available in the Internet at <http://dnb.d-nb.de>.

© 2008 Collegium Carolinum, 81669 München
(<http://www.collegium-carolinum.de>)

All rights reserved. No part of this book may be reproduced or translated in any form, by print, photoprint, microfilm or any other means without written permission from the Collegium Carolinum. Violations of the above may result in criminal prosecution or civil damage awards.

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Collegium Carolinum unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Für Form und Inhalt trägt der jeweilige Verfasser die Verantwortung.

Redaktion: K. Erik Franzen, Peter Haslinger und Monika Heinemann,
Collegium Carolinum, München

Satz: Collegium Carolinum, München

Druck und Einband: Ludwig Auer GmbH, Donauwörth

Layout des Umschlages: Jörg Dederling, Berlin

Verlag: Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, Rosenheimer Str. 145,
81671 München (<http://www.oldenbourg.de>)

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem und chlorfrei gebleichtem Papier.

ISBN 978-3-486-58053-2



INHALT

Vorwort	XIII
Peter Haslinger / Martin Schulze Wessel: Debatten um Zwangsmigrationen in Zentraleuropa als transnationale Diskurseignisse. Zur Einführung	XV
K. Erik Franzen: Der Diskurs als Ziel? Anmerkungen zur deutschen Erinnerungspolitik am Beispiel der Debatte um ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ 1999-2005	1
Piotr M. Majewski: Zwischen Versöhnung und Verteidigung nationaler Interessen. Die polnische Debatte über die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg vor dem Hintergrund der Diskussionen in der Tschechischen Republik 1989-2003	31
Claudia Kraft: Erinnerung im Zentrum und an der Peripherie: Zwangsmigrationen als Gegenstand von zentraler Geschichtspolitik und regionalen Initiativen in Polen	59
Maren Röger: Medien als diskursive Akteure: Die polnischen Nachrichtenmagazine „Wprost“ und „Polityka“ über den „Vertreibungskomplex“ 1989-2003	77
Gerhard Sewang: Die wissenschaftlichen und publizistischen Diskussionen über die „Aussiedlung“ der Ungarndeutschen und die Gültigkeit der „Benes-Dekrete“ in Ungarn	93
Éva Kovács: Unterdrückte und imaginierte Erinnerung an die Aussiedlung der Ungarndeutschen: Die ungarischen Gemeinden Villány und Jánosomorja	109

W 32040

„Europäischen Netzwerk: Zwangsmigrationen und Vertreibungen im 20. Jahrhundert“⁶⁴ angestrebt wird? Die Verhandlungen um den Ort dieser Erinnerung hundert Gedächtnis sind noch nicht abgeschlossen,⁶⁵ die 60. Wiederkehr im deutschen Gedächtnis lässt eine Weiterführung der Diskussion erwarten. Aber womöglich entfaltet der Gedächtnisort „Flucht und Vertreibung“ seine Wirkungskraft weniger auf der Ebene der offiziellen Geschichtspolitik und der öffentlich-medialen Deutungskämpfe, sondern vielmehr durch die subtile Verschiebung der Perspektive auf „unsere“ Opfer und die damit verbundene semantische Grenzziehung, die „andere“ Opfergruppen aus der Wir-Gemeinschaft exkludiert.

Christian Dornitz

ZWISCHEN EUROPÄISCHEM GESTALTUNGSANSPRUCH UND NATIONALER GESCHICHTSPOLITIK

Debatten zu den so genannten Beneš-Dekreten im Europaparlament und im tschechischen Abgeordnetenhaus

In einer Debatte um einen historischen Gegenstand erscheint die Frage, wie über ihn geredet wird, oft interessanter als er selbst. Denn die Wahrnehmung von Vergangenheit konstituiert sich weniger über eine „historische Objektivität“ als dadurch, wie über Vergangenes gesprochen wird. Dieser Beitrag handelt davon, wie Mandatsträger des Europäischen Parlaments und des tschechischen Abgeordnetenhauses über einen historischen Gegenstand sprechen und sich zu ihm positionieren, oder – andersherum betrachtet – wie sie ihn dazu verwenden, sich zu profilieren. Der Gegenstand ist kontrovers: Untersucht wurden Debatten um die so genannten Beneš-Dekrete.¹ Einige der zur Zeit der nationalsozialistischen Besatzung und in den Nachkriegsmonaten vom tschechoslowakischen Exilkabinett unter Leitung des Staatspräsidenten Edvard Beneš erarbeiteten und erlassenen Dekrete – sie sollen hier Präsidialdekrete genannt werden – regelten die Entrechtung, Enteignung und Internierung böhmischer Deutscher und Magyaren. Sie schufen damit die Voraussetzungen für deren Zwangsumsiedlung.

Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs gibt es zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen beziehungsweise Tschechischen Republik eine grenzübergreifende gesellschaftliche Debatte um den Zweiten Weltkrieg und seine Folgen. Bei deutsch-tschechischen Verständigungen auf bilateralen Ebene – wie dem deutsch-tschechoslowakischen Nachbarschaftsvertrag von 1992 und der deutsch-tschechischen Erklärung von 1997 – sah man die in den Dokumenten auch wörtlich benannte Vertreibung hauptsächlich als ein bilaterales, in erster Linie auf ethisch-moralischer Ebene zu lösendes Problem an. Die nationalen Parlamente stimmten beiden Vertragswerken zu, wobei rechtlichen Fragen in den durchaus intensiv geführten Kontroversen zunächst keine herausragende Bedeutung zugemessen wurde.

Dementgegen wurden bis zum Ende der 1990er Jahre in der europäischen Politik kaum Diskussionen über die Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei geführt. Auch zum Abschluss wichtiger Vertragswerke zwischen

⁶⁴ Als Ergebnis einer internationalen wissenschaftlichen Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn (11./12. März 2004) ist ein „Europäisches Netzwerk: Zwangsmigrationen und Vertreibungen im 20. Jahrhundert“ ins Leben gerufen worden, wobei „Gedenken, Erinnerung und intellektuelle Verarbeitung der Zwangsmigrationen und Vertreibungen im 20. Jahrhundert als europäische Aufgabe“ begriffen werden sollen. Ziel dieses Netzwerks ist u. a. die Schaffung einer „Europäischen Stiftung: Zwangsmigrationen und Vertreibungen im 20. Jahrhundert“. Vgl. den Bericht von Friedhelm Boll: „Europäisches Netzwerk: Zwangsmigrationen und Vertreibungen im 20. Jahrhundert“, <http://www.tschechien-portal.info/modules.php?file=article&name=News&op=modload&sid=771>, 31.08.2006.

⁶⁵ Siehe auch den entsprechenden Sammelband *Kraus, Anja* (Hg.): *Zwangsmigration und Vertreibung Europa im 20. Jahrhundert*. Bonn 2006.

⁶⁶ Vgl. Die Debatte um das Zentrum gegen Vertreibungen im Spiegel der Presse. Eine Auswahl, zusammengestellt von *Anja Augustin, Daniel Gerster* und *Jürgen Danyel*. Stand: August 2005. http://www.zentrumgegenvertreibungen.de/zol/_rainbow/documents/pdf/presse-vertreibung.pdf, 24.03.2006.

¹ Eine kurze faktographische Einführung gibt *Hastinger, Peter*: *Die Beneš-Dekrete*. In: *FES Netz-Quelle Geschichte und Politik. Zwangsmigrationen in Europa 1938-1948*. FES Netz-Quelle Geschichte und Politik. Zwangsmigrationen in Europa 1938-1948. 30.01.2006.

der Europäischen Gemeinschaft und der Tschechoslowakischen Republik gab es hierzu keine parlamentarischen Auseinandersetzungen, wie beispielsweise zur Unterzeichnung des Assoziationsabkommens von 1991, das auch von den nationalen Parlamenten bestätigt wurde. Im Vorfeld des EU-Beitritts der Tschechischen Republik trat die Vertreibungsproblematik zum ersten Mal aus den bilateralen Diskussionszusammenhängen heraus und wurde zum Gegenstand einer kontroversen europäischen Debatte. Zusätzlich fand eine Fixierung auf die Problematik der Präsidialdekrete statt, die sich in der Frage begründete, ob ihr Vorhandensein im Widerspruch mit europäischen Rechtsnormen stünde.

Obwohl das Europaparlament im Jahr 1999 bereits einmal eine Forderung nach ihrer Aufhebung verabschiedet hatte, begann die eigentliche europäische Kontroverse um die Präsidialdekrete erst zu Jahresbeginn 2002 mit Äußerungen des Kärntner Landeshauptmanns sowie informellen FPÖ-Chefs Jörg Haider und einer Replik des tschechischen Ministerpräsidenten Miloš Zeman. Haider kündigte an, die in Österreichs Bundesregierung vertretene FPÖ würde einem EU-Beitritt Tschechiens nur nach Aufhebung der Präsidialdekrete zustimmen. Auch die schnelle Antwort Zemans, die Sudetendeutschen seien „Hitlers fünfte Kolonne“ gewesen und hätten „sich des Landesverrats schuldig gemacht“, führte zu einer Zuspitzung der Positionen.²

Die Debatte im Europaparlament gewann spätestens mit einer Äußerung des damaligen ungarischen Premiers Viktor Orban an Dynamik. Im Februar 2002 forderte er vor dem Auswärtigen Ausschuss und vor Erweiterungskommissar Günter Verheugen die Aufhebung der Präsidialdekrete.³ Die sich schnell in die beiden Parlamente ausweitenden Diskussionen fanden bereits in jenem und im folgenden Jahr ihren Höhepunkt. Im Europaparlament nahm die Frage einer fortgesetzten Gültigkeit der Dekrete im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung einen sehr großen Teil der Verhandlungskapazitäten im Auswärtigen Ausschuss und in der Zusammenarbeit mit Erweiterungskommissar Günter Verheugen in Anspruch.⁴ Nach der Zustimmung des Europäischen Parlaments zum EU-Beitritt Tschechiens verloren die Debatten jedoch wieder an Bedeutung und Intensität.

Der Analyse diskursiver Strukturen der Auseinandersetzungen in den Jahren 2002 und 2003 lag die Leitfrage zugrunde, wie – das heißt in welchen Strukturen, mit welchen Bezugnahmen, unter Beteiligung welcher Gruppen und unter

² Interview mit Miloš Zeman: „Populistischer Pro-Nazi-Politiker“. In: Profil vom 21. Januar 2002, 22–25. – Siehe Dokument AT 4.

³ „Die Benes-Dokumente waren falsch im 20. Jahrhundert und sind jetzt recht falsch im 21. Jahrhundert. Ich erwarte nur, dass solche Gesetze verschwinden“ – diese deutsche Übersetzung publizierte Ursula Stenzel (die bei den Äußerungen zugegen war) in einer Pressemitteilung vom 20. Februar 2002. „Ungarischer Premier Orban gegen Benes-Dokumente“. Zitiert nach: <http://www.oevp.at/presse>, 30.01.2006. – Vgl. auch Dokument HU 4.

⁴ Die intensivsten Debatten zur Erweiterung im Auswärtigen Ausschuss wurden nach Angaben des zuständigen Berichterstatters um die Tschechische Republik geführt, und davon zu einem überwiegenden Teil zu den Dekreten. Interview Jürgen Schröder, 16.02.2005.

Einbeziehung welcher Diskursebenen – in den Parlamenten über die Präsidialdekrete diskutiert wurde. Die Einschränkung auf parlamentarische Debatten ist dabei eng und in einem gewissen Sinne dennoch weit, denn Parlamentarier repräsentieren Gesellschaften und die in ihnen vorhandenen Interessen politisch. Dementsprechend ist der hier untersuchte, institutionell gefasste Diskurs, der mehrere Nationen transzendierte, stark verschränkt mit informellen Ebenen sowie medialen internationalen und nationalen Debatten.

Dabei gilt, dass Diskurse nicht allein über einen Gegenstand geführt werden, sondern ihn vielmehr erst herstellen. In den Parlamenten wurden dem entsprechend Appelle an individuelle Erinnerungen mit der Formulierung von Angeboten für kollektive Erinnerung verknüpft, wobei sich diese Appelle und Angebote medial verbreiteten und Widerhall hervorriefen. Die diesem Text zu Grunde liegende Magisterstudie⁵ wurde angefertigt auf der Grundlage von Interviews mit Abgeordneten beider Parlamente sowie von Debattenprotokollen, Parlamentsgutachten, Redetexten, Publikationen und Pressemitteilungen der Mandatsträger. Zusätzlich wurden 19 Interviews geführt, unter anderem mit dem Präsidenten des Europaparlaments a. D. Klaus Hänsch, dem für Tschechien zuständigen Berichterstatter Jürgen Schröder und dem Vorsitzenden des Außenausschusses des tschechischen Abgeordnetenhauses, Vladimír Laštůvka.⁶ In diesem zusammenfassenden und den aktuellen Stand der Debatte wiedergebenden Beitrag werden Diskursverläufe und Interessenlagen in der Debatte mit besonderer Berücksichtigung der auf die Nachkriegsdekrete bezogenen Ge-

⁵ Domnitz, Christian: Die Benes-Dokumente in parlamentarischer Debatte. Kontroversen im Europäischen Parlament und im tschechischen Abgeordnetenhaus vor dem EU-Beitritt der Tschechischen Republik. Münster 2007. – Domnitz, Christian: Zápas o Benesovy dekry před vstupem do Evropské unie. Diskuze v Evropském parlamentu a v české poslanecké sněmovně v letech 2002–2003 [Der Kampf um die Benes-Dokumente vor dem EU-Beitritt. Die Diskussion im Europaparlament und dem tschechischen Abgeordnetenhaus in den Jahren 2002–2003]. Praha 2007.

⁶ Insgesamt wurden 94 Dokumente ausgewertet. – Interviews wurden geführt mit André Brie (KVLE [Vereinigte Europäische Linke], PDS; 19.12.2002), Klaus Hänsch (SPE [Sozialdemokratische Partei Europas], SPD, Parlamentspräsident a. D.; 26.11.2004), Bernd Posselt (EVP [Europäische Volkspartei], CSU, Bundesvorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft; 18.12.2002 und 26.11.2004), Jürgen Schröder (zuständiger Berichterstatter für Tschechien, EVP, CDU; 16.02.2005), Ursula Stenzel (EVP, ÖVP; 17.12.2002), Hannes Swoboda (SPE, SPÖ; 19.12.2002 und 16.02.2005), Václav Holák (KDU-ČSL [Christlich-demokratische Union – Tschechoslowakische Volkspartei]; 09.04.2003 und 17.11.2004), Zdeněk Koudelka (ČSSD [Tschechische Sozialdemokratische Partei]; 10.04.2003), Karel Kühnl (US [Freiheitsunion]; 10.04.2003), Vladimír Laštůvka (Vorsitzender des Außenausschusses, ČSSD; 11.04.2003 und 18.11.2004), Miloš Zeman (KSČM [Kommunistische Partei Böhmens und Mährens]; 09.04.2003), Pavel Svoboda (US; 08.04.2003), Jaromír Tříšl (KDU-ČSL; 09.04.2003) und Jan Zahradil (ODS [Demokratische Bürgerpartei], ab 2004 auch EVP/ED [Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und Europäischer Demokraten]; 09.04.2003 und 16.02.2005). – Der Autor bedankt sich beim Collegium Carolinum für die Gewährung eines Reisekostenpendiums, das die Durchführung dreier Interviews zum Jahresbeginn 2005 in Brüssel ermöglichte.

schaftsverständnisse und Geschichtsbilder der Parlamentarier analysiert. Einen besonderen Stellenwert hat hierbei die Auswertung der Interviews, da sie – über eine Darstellung der Diskursinformationen hinausgehend – eine Kontextualisierung und die Analyse von Bezogenheiten der meist öffentlichen Aussagen ermöglicht sowie diskursive Strategien ihrer Teilnehmer offen legt. Sie gestattet die Rekonstruktion von Wirkungsabsichten und liefert Einsichten in Befindlichkeiten der Handelnden. Beispielsweise wurden Aussagen der interviewten Abgeordneten zu ihrer Selbstsicht als Teilnehmende der Debatte ausgewertet, die zum Teil auch retrospektiv, das heißt nach dem Ende des eigentlichen Untersuchungszeitraums gegeben wurden.

Für diese Darstellung wird eine Folie dreier interpretativer Achsen eingeführt, die Spannungsfelder im Wirken und in den Selbstverständnissen der Parlamentarier beschreiben. Zunächst werden Positionierungen und Interaktionen von Abgeordneten daraufhin untersucht, wie mit ihnen gesamteuropäisch gefasste Gestaltungsabsichten einerseits oder Vertretungsansprüche niedrigerer Integrations Ebenen (nationaler, regionaler oder klientelorientierter Interessen) andererseits artikuliert werden. Ein weiterer Abschnitt ist dem in der Debatte auftretenden Widerstreit zwischen Verfechtern einer zukunftsorientierten Perspektive und den Advokaten einer „Aufarbeitung“ von Geschichte gewidmet. Schließlich wird auf moralisierende Tendenzen in der Auseinandersetzung eingegangen, denen eine historisierende Orientierung gegenübersteht. Die in den untersuchten Texten existierende breite Evidenz aller beschriebenen Zusammenhänge bestimmt die nun zu beschreibenden Deutungssachsen.

Europäischer Gestaltungsanspruch und nationale Geschichtspolitik

Die Auseinandersetzung um die Präsidialdekrete lässt sich als ein Ringen zwischen europäischem Gestaltungsanspruch sowie national oder klientelorientiert konstituierter Geschichtspolitik verstehen. Im Selbstverständnis der beteiligten Parlamentarier werden in dieser Hinsicht verschiedene Positionen deutlich. Das Spektrum reicht von einem supranationalen Verständnis von „Europa“ zur Einhegung nationaler Politik über die integrative Repräsentation der Interessen europäischer Bürger verschiedener Nationalitäten bis hin zu einem konfliktiven Verständnis europäischer Politik als Arena explizit benannter „nationaler Interessen“. In all diesen Positionen wird mehr oder weniger – und das ist einer allgemeinen Legitimation von Politik wohl auch dienlich, wenn nicht sogar für sie notwendig – eine Selbsterfüllung von Geschichte in einem nationalen oder europäischen Rahmen apriorisch vorausgesetzt. „Die Machbarkeit der Geschichte [...] erhält doppelten Nachdruck, sobald sich der Handelnde auf eine Geschichte beruft, die ihm gleichsam objektiv seinen Weg vorzeichnet“, formuliert Reinhart Koselleck in einem kritischen Abriss der Artikulation geschichtlicher

Gestaltungsansprüche.⁷ Die Auffassung eines „Machens“ von Geschichte ist auch im Europäischen Parlament und im tschechischen Abgeordnetenhaus zu beobachten, und sie erfolgt weitgehend ohne das Bewusstsein eines – dem Historiker geläufigen – omnipräsenten Auseinanderdriftens von Intentionen und Resultaten geschichtlichen Handelns.

Ansichten über eine Machbarkeit europäischer oder nationaler Geschichte wohnen auch den Einschätzungen zu einer europäischen Geschichtskultur und zur Notwendigkeit einer kulturellen Fundierung und geisteswissenschaftlichen Reflexion des Integrationsprozesses inne. Parlamentarier positionieren sich in dieser Hinsicht danach, ob und wie sie ihr Sprechen mit ihr Handeln auf „Europa“ oder die Nationen fokussieren. Im Zusammenhang mit dieser Untersuchung erscheint interessant, dass gerade tschechische Befürworter einer stärkeren Betonung der Nation eine Gegensätzlichkeit der Begriffe von „Nation“ und „Europa“ voraussetzen. Schließlich folgt – dem Verständnis der Parlamentarier nach –, dass sich diese Fokussierung mit dem Bekenntnis zu einem europäischen, nationalen oder integrativen Paradigma gleichsam geschichtlich manifestierte oder gar verweigere, weshalb dieser, so zu einer Überzeugungsfrage erhobenen Problematik im Selbstverständnis der Parlamentarier hohe Wichtigkeit zukommt.

So sind in beiden Parlamenten zwei Denkfiguren vorzufinden, die zwar gegensätzliche Pole markieren, sich allerdings nicht unbedingt ausschließen. Die erste besteht in einem gesamteuropäisch verstandenen Gestaltungsanspruch, der aus Vergangenheitserfahrungen allenfalls Lehren postuliert, die eine strukturelle Neuverfassung der europäischen politischen und auch der Gedankenlandschaft als sinnvoll erscheinen lassen. Er wird zumeist sehr paradigmatisch vorgetragen, und ihm wird eine Brückenfunktion zwischen Vergangenheitsverarbeitung und Zukunftsorientierung zugeschrieben.⁸

Ein Beispiel hierfür bieten Aussagen des irischen Liberalen und Präsidenten des Europaparlaments Pat Cox während einer Visite in Prag am 21. März 2002. Vor dem tschechischen Senat spricht er im Zusammenhang mit der Diskussion um die Dekrete davon, dass es wichtig sei, „Geschichte zu machen“ und nicht „Geschichte zu wiederholen“.⁹ Auch Hinweise auf die Gestaltung einer europäischen Werteordnung, wie sie oft von deutschen Abgeordneten der Europäischen Volkspartei (EVP) vorgetragen werden, sind diesem gesamteuropäischen Gestaltungsanspruch zuzurechnen. Im tschechischen Parlament wird im Zusammenhang mit diesem Thema seltener ein solcher Anspruch ausgedrückt, häufig wird jedoch auf eine zu erhaltende „europäische Nachkriegsordnung“ Bezug genommen, beispielsweise bei den tschechischen Sozialdemokraten und in der Opposition.

⁷ Koselleck, Reinhart: Über die Verfügbarkeit der Geschichte. In: *Der: Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*. Frankfurt am Main 1979, 260–277, hier 269.

⁸ Zum Spektrum zwischen Vergangenheitsbewusstsein und Zukunftsorientierung siehe den folgenden Absatz.

⁹ „Making and not repeating history“. In: Address by Pat Cox to the Czech Senate. 21.03.2002 [Text im Archiv des Verfassers].

Eine zweite Strömung kann als national oder klientelorientiert konstituierte Geschichtspolitik beschrieben werden. In ihr äußert sich eine Verwurzelung der Politik verfolgten Gestaltungsabsichten auch in der präferierten Form von Geschichtskultur. Kennzeichnend für sie ist ein Ringen um die Neusetzung von Prioritäten in der Bewertung von Vergangenheiten. So ist der immer wiederkehrende Verweis auf Flucht und Vertreibung durch deutsche und österreichische Europaabgeordnete ebenso hierzu zu rechnen wie die Ausstellung „Odsun – Vertreibung“ im Europaparlament, die 1999 von deutschen Sozialdemokraten zusammengestellt wurde. In diesem Zusammenhang ist auch eine explizite Thematisierung der Zwangsumsiedlungen als „Unrecht“ zu nennen, welche eine starke Polarisierung, eine Enthistorisierung des Gegenstands und einen postulierten Handlungszwang mit sich bringt – nach der Argumentation, es dürfe kein Unrecht ohne Entschädigung geben.¹⁰ Eine hiermit verwandte Figur im tschechischen Abgeordnetenhaus dürfte die „Wahrung nationaler Interessen“ sein, eine besonders von der Demokratischen Bürgerpartei (ODS) und den Kommunisten artikuliert Formel, die auch von den regierenden Sozialdemokraten aufgegriffen wurde. Hinter ihr steht eine in erster Linie auf explizit benannte „nationale Interessen“ ausgerichtete Politik, die geschichtliche Anleihen vornimmt. Ein deutliches Beispiel hierfür ist die Argumentation, höchstes nationales Interesse sei die Erhaltung des tschechischen Staatswesens. Sie wird oftmals vor dem geschichtlichen Hintergrund der schrittweisen Liquidierung der Tschechoslowakei durch deutsche Außen- und Besatzungspolitik vorgebracht.¹¹

Auch bei der Verortung des Themas stellte sich die Frage, wie relevant die Präsidialdekrete für die gegenwärtige europäische Politik seien. Bevor sich die Debatten um die Dekrete im Europaparlament ausweiteten, wurden Forderungen aufgestellt, das Thema europäisch zu verstehen und dementsprechend in der europäischen Politik zu behandeln. Deutlich wurde dies in der Erweiterungsdebatte vom März 2002 im Plenum des Europaparlaments, in der mehrere Dekreten kritisch gegenüberstehende Abgeordnete der Frage eine europäische Bedeutung zusprachen.¹²

¹⁰ Pressemitteilung Ursula Stenzel (EVP, ÖVP): „Stenzel begrüßt Frowen-Gutachten. Versto-Keule ist nicht die richtige Antwort.“ 08.10.2002: „Kollektive Vertreibungen waren Unrecht, und für Unrecht muss auch die moralische Verantwortung übernommen werden.“ – Pressemitteilung Bernd Posselt: „Verheugen irt – Benesch-Dekrete entfalten weiterhin diskriminierende Wirkung.“ 09.04.2002: „das fortwährende Unrecht, das mit der entschädigungslosen Enteignung und Vertreibung [...] verbunden ist“.

¹¹ Interview Vladimír Laštůvka, 11.04.2003.

¹² Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzung am Mittwoch, 13. März 2002. Debattentext auf <http://www.europarl.europa.eu>, 30.01.2006. – Harmut Nassauer (EVP, CDU) betonte dort, die Diskussion der Präsidialdekrete im Zusammenhang mit der europäischen Rechtsordnung sei nun eben nicht mehr eine nur bilaterale Frage. Redebeitrag Harmut Nassauer zur Plenardebatte vom 13. März 2002 in Straßburg. Tagesordnungspunkt Erweiterung <http://www.europarl.europa.eu>, 30.01.2006. – Ursula Stenzel (EVP, ÖVP) pflichtete ihm bei: Das Thema habe „sehr wohl eine europäische Dimension“. Re-

Sieher werden die Präsidialdekrete in beiden Parlamenten wieder als ein bilateral zu diskutierendes Thema ohne Präzedenz verortet,¹³ während für politische Problemlagen, die auf der Gemeinschaftsebene lösbar sind, selbst im tschechischen Abgeordnetenhaus zunehmend europaweite Lösungsstrategien betont werden.¹⁴ Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Debatten über Geschichte durch Gestaltungsansprüche, die auf Konstrukte der Nation oder Europas ausgerichtet sind, funktionalisiert werden. Ihre Träger hoffen auf einen Gewinn an Legitimität, indem sie Zukunftsentwürfe mit korrespondierenden Geschichtsbildern und Identitätskonstrukten untermauern. Dies gilt beispielsweise für das Gedenken an Flucht und Vertreibung oder für die Hinzuziehung des nationalsozialistischen Einmarschs in die Tschechoslowakei als Grundlage einer Argumentation, die innerhalb der Europäischen Union dazu dienen soll, tschechische „nationale Interessen“ zu verteidigen.

Zukunftsorientierung und die „Aufarbeitung“ von Geschichte

Mandatsträger verwenden die Argumentationsfigur einer Zukunftsorientierung pragmatisch, wenn es darum geht, in den Debatten um die Dekrete eine Priorität festzulegen. Oftmals tritt sie zusammen mit der Formulierung eines europäischen Gestaltungsanspruchs auf. Wenn sich auch im gegenwärtigen geschichtsphilosophischen Blick auf die gestaltende Politik gelegentlich der Verdacht einer „Vergangenheitsblindheit der Zukunftskonstrukteure“ aufdrängt, so wird gleichzeitig die Evidenz von Traditionalismus und eines „verböhrten Festhaltens an der Vergangenheit“ konstatiert.¹⁵

debatte Ursula Stenzel zur Plenardebatte vom 13. März 2002 in Straßburg, Tagesordnungspunkt Erweiterung: <http://www.europarl.europa.eu>, 30.01.2006.

¹³ Interview Klaus Hänsch, 26.11.2004: „Alle [Minderheitenproblematiken] haben einen unterschiedlichen Hintergrund, alle haben sie eine unterschiedliche Geschichte, und aus dem deutsch-tschechischen Dialog über die Vertreibung der Sudetendeutschen einen Präzedenzfall zu machen, das halte ich für überzogen.“ – Interview Bernd Posselt, 26.11.2004: „Die Benesch-Dekrete müssen beseitigt werden – wie sie beseitigt werden können und mit welchen Folgen, und ob *ex tunc* oder *ex nunc* oder auf eine dritte Weise, oder wie das rechtlich oder politisch oder praktisch gehen kann, das sollte man bilateral und in Übereinstimmung vereinbaren.“ – Interview Vladimír Laštůvka, 18.11.2004: „Ich habe nicht das Gefühl, dass aus dem neuen europäischen Parlament solche neuen Bestrebungen [zur Thematisierung der Präsidialdekrete – CDU] hervorgehen könnten, in welchem Zusammenhang denn?“

¹⁴ Vilem Holáň sagte im Interview vom November 2004, dass tschechische nationale Interessen vielfach parallel zu denen Österreichs oder denen anderer neuer Mitgliedstaaten liegen und besser auf der Gemeinschaftsebene gelöst wurden. Das Verhältnis nationaler Interessen und europäischer Auffassungen würde sich dabei in einem längeren Prozess „europäisieren“. Interview Vilem Holáň, 17.11.2004.

¹⁵ Rabin, Jörn: Die Zukunft der Vergangenheit. In: *Der Zeitbrechende Zeit*. Über den Sinn der Geschichte. Köln u. a. 2001, 131–141, hier 131, 135.

Bei weiterer Betrachtung wird deutlich, dass ein bewusst auf die Zukunft bezogenes Gestaltungshandeln stets im Spannungsfeld zwischen Erwartung und Erinnerung steht. „Vergangenheit muss so erinnert werden, dass sie einen auch loslässt“, schreibt Jörn Rüsen, wobei die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft von ihrer kulturellen Vergessenleistung abhängt. Historische Erinnerung müsse „von der Gegenwart her in Frage gestellt werden“, um die Grundlage für Gestaltung und Veränderung zu sein.¹⁶ Auch Positionen der Parlamentarier zum Umgang mit den Nachkriegsdekreten implizieren Fragen der Erinnerungskultur, wobei sich einzelne Äußerungen bis hin in die Extreme einer „Vergangenheitsblindheit“ oder des „verböhrten Festhaltens“ bewegen. Dies wird gelegentlich auch reflektiert: „Wenn man sich zu sehr mit der Historie beschäftigt, kann das auch wie eine Flucht sein“, sagt Jürgen Schröder (EVP, CDU), der für die Fortschrittsberichte zuständige Berichterstatter des Europaparlaments. Er beschreibt rückblickend gar eine Art von kultureller Bewältigung von Vergangenheit im Parlament: „Es ist auch viel Unfug geredet worden. [...] Ich finde [jedoch], es ist besser, man macht so etwas, und hinterher ist dann reiner Tisch. Ich habe jetzt nicht das Gefühl, dass da noch etwas übrig geblieben ist.“¹⁷

Die Argumentationsfigur einer Zukunftsorientierung fand im Europaparlament bei den Sozialdemokraten und bei Teilen der Volkspartei sowie im tschechischen Abgeordnetenhaus in der Regierungskoalition Widerhall. Deutlich wird dies in einem die Erweiterungsdebatte vom 13. März 2002 eröffnenden Beitrag Günter Verheugens. Er mahnte an, den Erweiterungsprozess „nicht mit Themen zu befrachten, die der Vergangenheit angehören, [...] weil wir eben nicht wollen, dass Hypothesen aus der Vergangenheit in unsere gemeinsame europäische Zukunft mit hineingeschleppt werden.“ Er sagte, es komme in erster Linie darauf an, die Zukunft Europas zu gestalten.¹⁸ Alle interviewten Abgeordneten der tschechischen Regierungskoalition äußern übereinstimmend, sich in der Frage an der europäischen Zukunft orientieren zu wollen und verweisen auf die deutsch-tschechische Deklaration, worin diese Absicht schriftlich fixiert wurde.¹⁹ Während diese Abgeordneten so genannte Lasten der Ver-

¹⁶ Elends 133–139.

¹⁷ Interview Jürgen Schröder. 16.02.2005.

¹⁸ Verhandlungen des Europäischen Parlaments. Sitzung am Mittwoch, 13.03.2002. Debatte: Verheugens vor Plenardebatte vom 13. März 2002 in Straßburg. Tagesordnungspunkt Erweiterung. Siehe <http://www.europarl.europa.eu>. 30.01.2006.

¹⁹ So formulierten diesen Gedanken beispielsweise Vladimír Laštůvka folgendermaßen: „Die Deklaration gesagt haben: dass wir uns an der Zukunft orientieren.“ Interview Vladimír Laštůvka. 11.04.2003. — Auch Karel Kühn nahm mit folgenden Worten dazu Stellung: „Der einzig richtige Blick geht in die Zukunft, und wir denken, dass auch die tschechische Seite bestimmte Möglichkeiten dazu hat, um mit Gesten der Notwendigkeit einer Annäherung zu entsprechen.“ Interview Karel Kühn. 10.04.2003. Alle Übersetzungen wurden vom Autor dieses Beitrags vorgenommen.

gangenheit im Sinne einer pragmatischen Orientierung auf die Zukunft nicht neu verhandeln möchten, dient dieser Topos der tschechischen Opposition im Abgeordnetenhaus und ab 2004 im Europaparlament offenbar dazu, die Abgeschlossenheit einer nicht gewollten Debatte auszudrücken. In den Äußerungen Jan Zahradil (ODS) wird deutlich, dass er mit einer Zukunftsorientierung eigentlich generell einen Schlussstrich unter die Vergangenheiten zu ziehen bestrebt ist, und dies mit einem Geltungsanspruch unterlegt, der nicht nur auf Parlamentsdebatten zur Gestaltung der europäischen Zukunftsarchitektur beschränkt ist, sondern der auch auf Diskussionen in den beteiligten Gesellschaften insgesamt abzielt.²⁰

Eine Gruppe von Europaabgeordneten führt an, dass die beste Zukunftsperspektive eine politische „Aufarbeitung“ von Vergangenheit sei. Mandatsträger Deutschlands und Österreichs – darunter der Vertreter der Sudetendeutschen Landsmannschaft – forderten über mehrere Legislaturperioden hinweg in der politischen Arena, Tschechen sollten ihre Geschichte aufarbeiten, ohne dabei den Stand der tschechischen wissenschaftlichen Forschung und der gesellschaftlichen Diskussion allzu sehr zur Kenntnis zu nehmen.²¹ Nach der Erweiterungsabstimmung im April 2003 begründet Bernd Posselt seine Ablehnung des tschechischen EU-Beitritts unter anderem wie folgt: „In unzähligen Gesprächen mit tschechischen Politikern habe ich deutlich gemacht, dass es ein Volk frei macht, wenn es zu den dunklen Punkten der eigenen Geschichte klare Worte findet und die Vergangenheit aufarbeitet.“²² Ingo Friedrich (EVP, CSU) kritisiert im April 2002:

die Prager Lesart, wonach die Vertreibung der Sudetendeutschen erst aufgrund und nach der Potsdamer Konferenz der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges vorgenommen wurde, ist falsch. Es ist historisch nachweisbar, dass Edvard Beneš die nach ihm benannten Dekrete und die Vertreibung bereits vor der Potsdamer Konferenz beschließen ließ.

Auch Hartmut Nassauer (EVP, CDU) schreibt zur gleichen Zeit über „die in Prag noch immer nicht erfolgte Aufarbeitung der Geschichte“.²³ Im Kontrast hierzu gibt es vor dem Erfahrungshintergrund des Umgangs mit den Dekreten mehrheitlich skeptische Auffassungen darüber, ob Vergangenheit selbst bei gu-

²⁰ Dies äußert sich in seiner Einschätzung, die Nachkriegsdekrete seien „in der tschechischen Gesellschaft kein großes Thema mehr“ [„v České republice to skutečně v tiché chvilí žádně velké téma není“]. Interview Jan Zahradil. 16.02.2005.

²¹ Zu den Hintergründen sudetendeutscher Vertreibungsorganisationen und „Gemeinschaften“ siehe: Zimmernann, Volker: „Geschichtsbilder sudetendeutscher Vertreibungsorganisationen und „Gemeinschaften““. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 53/10 (2005) 912–940.

²² Pressemitteilung Bernd Posselt: „Warum ich im Europa-Parlament mit Nein stimme.“ 09.04.2003. Publiziert von: seiner Sprecherin Hildegard Schuster über das unabhängige Portal <http://www.tschechen-portal.info>. 30.01.2006.

²³ Pressemitteilung Ingo Friedrich: „Nur ein unabhängiges Rechtsgutachten kann den Streit um die Beneš-Doktrine beenden.“ 05.04.2002. Archiv des Verfassers. — Pressemitteilung Hartmut Nassauer: „Bestätigung der Beneš-Doktrine durch das tschechische Parlament ist ein nationalistischer Rückfall.“ 25.04.2002. <http://www.cdu-ep.de/presse/presse-2002/presse0402.htm>. 30.01.2006.

tem Willen überhaupt in den Parlamenten „aufgearbeitet“ werden könne. Jürgen Schröder lehnt dies entschieden ab, und Hannes Swoboda sagt, um die Zukunft aufzubauen, müsse die Beschäftigung mit der Vergangenheit manchmal zurückgestellt werden, auch wenn es dabei um kein Verdrängen oder Vergessen gehen dürfe.²⁴

Mit den in der politischen Auseinandersetzung unterschiedlichen Auffassungen zur Bedeutung von Vergangenheit und zur Legitimität von Erinnerungskulturen entwickelte sich die verbreitet anzutreffende Wahrnehmung, der Umgang mit Vergangenheiten und die Orientierung auf die Zukunft seien einander entgegengesetzt gerichtet. Durch die Konstruktion eines solchen Gegen-satzes dynamisierten sich die Extreme einer „Blindheit“ gegenüber der Geschichte oder eines „Festhaltens“ an der Vergangenheit, während eine kulturelle und reflexive Bewältigung von Vergangenheit in den Parlamenten – schon aus Kapazitätsgründen der parlamentarischen tagespolitischen Arbeit – nur ansatzweise stattfand.

Historisierungen und Moralisierungen

Wird Geschichte in der Politik emotionalisiert oder entzaubert? Während sich mit einer gehörigen Prise Pessimismus zunächst vermuten ließe, im politischen Wettstreit würde vor allem eine Emotionalisierung, Vergegenwärtigung oder Instrumentalisierung von Vergangenheit betrieben, existieren in den parlamentarischen Debatten um die Dekrete tatsächlich beide Phänomene. Zu beobachten sind sowohl eine historisierende Verwissenschaftlichung und Entpolitisierung als auch eine die Ereignisse der Vergangenheit in die Gegenwart projizierende Moralisierung, die Vergangenheiten auflädt, indem sie heutige Werte zu ihren Maßstäben erhebt. Ute Frevert definiert in einem Nachtrag zu der von ihr konstatierten und kritisierten „Geschichtsversessenheit“ Historisierungen als kritische Distanzierungen zum Gegenstand unter Beibehaltung und Weiterentwicklung von Erinnerung und Problembewusstsein, während Moralisierungen meist mit einer Singularisierung und Ent-Kontextualisierung des Gegenstands einhergehen. Der Vorzug historisierender Ansätze liegt nun darin, dass der Gegenstand erkenn- und erfassbar wird, während er in einer Moralisierung letztlich einer Dämonisierung anheim fällt und sich rationalen Betrachtungsweisen entzieht.²⁵

In den parlamentarischen Debatten um die Präsidialdekrete treten – meist in begrifflicher Nähe zu „Unrecht“ – auch Bezüge zu „Moral“ oder „Schuld“ auf. Das Vorhandensein der Dekrete wird im Europaparlament gelegentlich als ge-

²⁴ Interview Jürgen Schröder, 16.02.2005; „Man sollte gar nicht den Versuch unternehmen, Geschichte in diesem Parlament aufzuarbeiten. Es reicht geradezu, wenn wir die Gegenwart einigermaßen in den Griff kriegen.“ – Interview Hannes Swoboda, 16.02.2005; „Geschichte und Politik sind zwei Dinge, die sich nur zum Teil überlappen können und zum Teil getrennt sein müssen“.

²⁵ Frevert, Ute: Geschichtsversessenheit und Geschichtsversessenheit revisited. Der jüngste Erinnerungsboom in der Kritik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 40.41 (2003) 6–13.

genwärtiges moralisches Problem dargestellt, sie stünden im Widerspruch zum europäischen Wertekanon.²⁶ Meist wird dies in einem Zusammenhang mit Menschenrechtsfragen und der Europäischen Grundrechtecharta diskutiert. Auch bei Abgeordneten der kleinen tschechischen Parteien – den Christdemokraten und Liberalen – finden sich Argumentationen, die das Problem auf einer moralischen Ebene ansiedeln und die beispielsweise mit Begriffen wie „Rache“ explizit auf einen emotionalen Gehalt der Nachkriegsereignisse verweisen.²⁷ Auch Václav Havel, der sich in der untersuchten Zeit nicht an parlamentarischen Debatten um die Dekrete beteiligte, hatte ähnliche Positionen mit seiner frühen und in Tschechien bis heute umstrittenen Entschuldigung vertreten, die an die Sudetendeutschen gerichtet war.²⁸

Gegen eine Moralisierung wenden sich einige Abgeordnete in einer kritischen Reflexion darüber, dass Flucht und Vertreibung allmählich in den identitätsbildenden Kanon deutscher kollektiver Erinnerung eingehen würden. Beispielsweise spricht der Vorsitzende des Außenausschusses des tschechischen Abgeordnetenhauses ein Selbstverständnis der Deutschen an, das sich nach der Wiedervereinigung verändert habe. Dass in einem legitimen Prozess historischer Selbstreflexion nun öffentlich die These diskutiert werde, Deutsche seien im Dritten Reich nicht nur Täter, sondern auch Opfer gewesen, spiele in der Debatte um die Dekrete eine Rolle, sagt der Sozialdemokrat Vladimír Laštůvka. Jürgen Schröder äußert, man müsse sich in der Debatte um die Dekrete gegen diese Tendenz wenden.²⁹

Eine Sichtweise, die sich als kritische Distanzierung und Historisierung beschreiben ließe, vertritt Elmar Brok, der im Parlamentsplenum sagte, es gehe nicht darum, „die Geschichte als Kampfinstrument in die Europäische Union hineinzutragen“. Aus ihr müsse gelernt werden, „damit das, was wir in der Ver-

²⁶ Pressemitteilung Hartmut Nassauer: „Bestätigung der Benesch-Dekrete durch das tschechische Parlament ist ein nationalistischer Rückfall.“ 25.04.2002. <http://www.cdu-csu-ep.de/presse/presse-2002/presse0402.htm>. 30.01.2006. – Interview Bernd Posselt, 26.11.2004.

²⁷ Interview Pavel Svoboda, 08.04.2003; „Ich denke, dass dieses Problem weniger auf einer rechtlichen, sondern mehr auf einer moralischen Ebene besteht – oder zumindest fühle ich das so.“ – Karel Kühn verwendet den Begriff der „Racheakte“ an der deutschsprachigen Bevölkerung (akty pomsty). Interview Karel Kühn, 10.04.2003.

²⁸ Siehe einen persönlichen Brief Havel an den Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, aus dem letzterer in seiner Weihnachtsansprache zitiert. Wortlaut der Weihnachtsansprache des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker in: Süddeutsche Zeitung vom 23. Dezember 1989.

²⁹ Interview Vladimír Laštůvka, 11.04.2003; „Es verläuft gerade der Prozess einer Selbstreflexion, einer Selbstreinigung Deutschlands vor sich selbst. Und da gibt es die These, dass Deutsche nicht nur Täter, sondern auch Opfer waren. Wenn Deutschland nach der Wiedervereinigung seinen Platz suchte und bis heute sucht, seine Bedeutung und seinen Standort auf der Weltkarte, dann muss es sich zweifellos auch zu seiner Vergangenheit auf irgendeine Art positiv positionieren.“ – Interview Jürgen Schröder, 16.02.2005; „Wenn man verabsolutiert, besteht die Gefahr, [...] dass man den Eindruck gewinnen könnte, wir sind ja nur ein Volk von Opfern. Und das geht nun nicht.“

Debatten im tschechischen Abgeordnetenhaus

Die Debatte im tschechischen Abgeordnetenhaus kennzeichnet eine starke Kontinuität seiner Außendarstellung zum Thema, während in einer informellen Debatte intensive Wandlungen in der Problemwahrnehmung, im Verhandlungswillen und in der Prioritätensetzung zu Tage treten. Da viele Abgeordnete übereinstimmten, in der internationalen Auseinandersetzung gemeinsame Ziele zu verfolgen, gewann die innerparlamentarische Diskussion zunehmend informellen Charakter. Folglich lässt sich von einer statischen Formalität und einer beweglichen Informalität sprechen.

Die interviewten tschechischen Abgeordneten sind bis auf zwei Ausnahmen Nachkriegsgeborene, und keiner von ihnen gibt an, persönliche Erinnerungen an nationalsozialistische Besetzung, Weltkrieg und Vertreibung zu haben.³² Im Laufe der Interviews zeigte sich, dass die Frage zentral ist, ob deutsche oder österreichische Politiker mit der Debatte um die Präsidialdekrete auch Bestrebungen verfolgen, die eine Rückgabe von Besitz zum Ziel haben. Von dieser Frage, die in der europäischen Auseinandersetzung nicht restlos geklärt werden konnte, machen tschechische Abgeordnete ihr Verhalten abhängig. Vladimír Laštůvka sagte, dass die Debatte nicht von moralischen Gefühlen der Schuld oder des Leidens hervorgerufen wurde, sondern durch Bestrebungen nach einer Vermögensrückgabe. Dabei gehe es um eine zweistellige Zahl von Großgütern.³³

Eine Besonderheit bildet die Resolution vom 24. April 2002.³⁴ Das Abgeordnetenhaus erklärte, dass Rechts- und Eigentumsbeziehungen, die aus den Dekreten hervorgingen, „nicht in Frage zu stellen, unantastbar und unabänderlich“ sind und dass die Restitutionsgesetzgebung Sache der tschechischen Verfassungsorgane sei. Die „Resolution zu den Dekreten des Präsidenten der Republik“ lenkte die auf die Debatte um die Dekrete bezogene europäische und internationale Aufmerksamkeit das erste Mal explizit auf das Abgeordnetenhaus. In ihrer Einschätzung des Beschlusses sind sich viele Parlamentarier darin einig, dass es sich um eine Reaktion auf äußeren Druck gehandelt habe, die sowohl ein Signal nach innen – es herrschte Wahlkampf – als auch nach außen hätte geben sollen. Dennoch handelt es sich um ein paradoxes Papier. Denn obwohl der Resolution einerseits – wie beschrieben – eine konkrete politische

³² Václav Holáň wurde 1938 geboren, Vladimír Laštůvka 1943.

³³ Interview Vladimír Laštůvka, 11.04.2003. — Solche Einschätzungen werden von deutschen und österreichischen Europaabgeordneten nicht gegeben, mit den Ausnahmen Jürgen Schröders und André Bries. Schröder bekennt: „Ich glaube, es ist wirklich die Frage – so simpel das klingt – dass es hier um Geldeswert geht.“ Interview Jürgen Schröder, 16.02.2005. — Brie spricht von „Versuchen Einzelner, Eigentumsansprüche abzuleiten“.

Interview André Brie, 19.12.2002.

³⁴ Eine deutsche Übersetzung von Reiner Beushausen publizierte das Collegium Carolinum: „Resolution des Abgeordnetenhauses des Parlaments der Tschechischen Republik vom 24. April 2002 zu den Dekreten des Präsidenten der Republik.“ <http://www.collegium-carolinum.de/doku/vdok/bd-02.htm>, 27.01.2006.

gegangen an Leid, Vertreibung, Morden, Kriegen gehabt haben, niemals wieder „vorkommt“. Diese Sicht auf die Vergangenheit entspringt einem Bewusstsein von Problematik und hat gemeinsame Elemente mit der geschichtlichen kulturellen Bewältigung von Geschichte im Spannungsfeld zwischen Zukunfts- und Vergangenheitsorientierungen. Sie ist in einer Rede Günter Verheugens erkennbar, in der er von einer komplexen Wahrheit „vieler Facetten“ spricht, und ebenso in Aussagen Hannes Swobodas zur Komplexität der Auseinandersetzung zwischen Tschechen und böhmischen Deutschen.³⁰ Eine Disziplinierung mit einem weniger starken Problembewusstsein äußern viele tschechische Abgeordnete, die oft ohne weitere Zusätze dafür plädieren, die Debatte „den Historikern zu überlassen“. Bei den Sozialdemokraten und in der demokratischen Bürgerpartei erfolgt dies teilweise recht energisch. Eine von Václav Klaus kurz nach seiner Wahl zum Präsidenten getätigte Geste der Versöhnung ist – im Schatten der impliziten Forderung nach einem Schlussstrich – auch historisierende Natur: Sie schließt mit der Formulierung „heute können wir die Vergangenheit nicht mehr ändern“ Bezüge zu gegenwärtigem politischem Handeln aus.³¹

Auch in der für die Präsidialdekrete verwendeten Begrifflichkeit bilden sich Bestrebungen ab, die entweder zum Gegenstand eine Distanz herstellen oder ihn emotionalisieren. Während sich die Mehrheit der tschechischen Abgeordneten die technisch-korrekte Bezeichnung als „Präsidialdekrete“ vorbehält, vertreten die deutsch- und österreichische Europaparlamentarier – und darunter auch die den Beitritt der Tschechischen Republik bedingungslos befürwortenden Abgeordneten – meist die eingängigere und auch kontroversere Version der „Beneš-Dekrete“, die von deren Kritikern geprägt wurde. Eine noch weiter gehende Emotionalisierung drückt sich in den Benennungen als „Vertreibungsdekrete“ oder „Unrechtsdekrete“ seitens derjenigen Europaabgeordneten aus, die im Vorfeld des tschechischen EU-Beitritts eine Aufhebung forderten.

³⁰ Günter Verheugen im Europäischen Parlament: „Wer heute in Europa ausschließen will, dass die alten Wunden sich wieder öffnen, wer ausschließen will, dass niemals mehr eine Generation das erleiden muss, was frühere Generationen erlitten haben, der muss für unsere gemeinsame Zukunft eintreten und bereit sein, einer Wahrheit ins Auge [zu] sehen, die sehr viele Facetten hat.“ In: Verhandlungen des Europäischen Parlaments, 12. und 13.06.2002. Redebeitrag Günter Verheugen zur Plenardebatte vom 12.06.2002 in Straßburg. Tagesordnungspunkt Erweiterung der Union. <http://www.europarl.europa.eu/30.01.2006>. — Interview Hannes Swoboda, 19.12.2002: „Wie man mit einer deutschsprachigen Minderheit in Tschechien umgeht, beziehungsweise der tschechischen Minderheit in Österreich-Ungarn, das waren ja immer wieder gespannte Verhältnisse. [...] Es ist natürlich auch zu kurz gegriffen, wenn man nur den Nationalsozialismus sieht, sondern man muss schon in der Österreich-ungarischen Monarchie [...] die Missachtung der Rechte der tschechischen Nationalität gegenüber den Ungarn sehen.“

³¹ Prohlášení Václava Klause k výročí 15. března [Erklärung von Václav Klaus zum Jahrestag des 15. März], 14.03.2003; Originaltext auf <http://www.klaus.cz>, 30.1.2006. — Interview Vladimír Laštůvka (11.04.2003), Zdeněk Koudelka (10.04.2003), Jan Zahradil (16.02.2005).

Funktion zugesprochen wird, betonen überraschend viele Abgeordnete andererseits, dass sie eigentlich nicht notwendig gewesen sei: Politisch nicht, da sie keine neuen Positionen enthielt und rechtlich nicht, da sie keine legislative Wirkung entfalte. „Als ich dieses Dokument vorbereitet, war ich nicht davon überzeugt, dass ein solcher Parlamentsbeschluss notwendig ist“ („Když jsem to usnesení připravoval, tak jsem nebyl přesvědčen, že takové usnesení v parlamentu je nutné.“), sagt Laštůvka. Vilem Holáň, ein Christdemokrat, deutet an, dass das Dokument „unter ungewöhnlichen Umständen“ entstand und „auf natürliche Weise“ möglicherweise nicht zustande gekommen wäre („To byl dokument, vzniklý za zvláštních okolností, který by snad přirozenou cestou nevznikl.“).³⁵

Die Anregung, eine solche Resolution zu verabschieden, ging von der Schnittstelle zwischen Parlament und Regierung aus. Initiiert haben den Beschluss der Ministerpräsident und Abgeordnete Miloš Zeman und Parlamentspräsident Václav Klaus. Dem ging ein offener Brief Klaus' an Zeman voraus, in dem er schrieb, Versuche von Politikern Deutschlands und Österreichs, Fragen der Geschichte in ein politisches Problem zu überführen, seien hinsichtlich des „nationalen Interesses“ gefährlich.³⁶ Vladimír Laštůvka und Jan Zahradil erhielten die Aufgabe, das Dokument zu erarbeiten, und bei einer ersten Überarbeitung sahen sich Karel Kühn und Milošlav Ransdorf jeweils als den Dritten im Bunde. Es gab anschließend ein erneutes Treffen mit Miloš Zeman und Václav Klaus sowie den Partei- und Fraktionschefs, auf welchem die endgültige Fassung und die Abstimmungsmodalitäten abgesprochen wurden. Im Einladungs schreiben hierzu wies Parlamentspräsident Klaus explizit auf den gerade aktuellen Entschließungsentwurf des Europaparlaments zu den Beitrittsverhandlungen hin, der für die Tschechen „nicht annehmbare Formulierungen fast ultimativen Charakters“ („řada zcela nepřijatelných formulací téměř ultimativního charakteru“) enthalte.³⁷

Debatten im Europäischen Parlament

Im Europäischen Parlament wurden kontroverse Debatten durch unzählige Interviews, Pressemitteilungen oder Gastbeiträge nach außen getragen. Einzelne Abgeordnete traten dabei gelegentlich in einer Weise auf, als seien sie berechtigt, für die Gesamtheit des Parlaments zu sprechen, und lösten damit neue Kontroversen aus.³⁸ So wurde die für das Europaparlament typische, sehr dy-

³⁵ Interview Vladimír Laštůvka, 11.04.2003. — Interview Vilem Holáň, 09.04.2003.

³⁶ Offener Brief von Václav Klaus an Miloš Zeman, 22.02.2002. Publiziert auf <http://www.klaus.cz>, 30.01.2006. — Siehe hierzu auch den Beitrag Adrian von Arburg in diesem Band.

³⁷ Vladimír Laštůvka berichtet, von den beiden zur Erarbeitung des Dokuments aufgefordert worden zu sein. Interview Vladimír Laštůvka, 11.04.2003. — Interviews Jan Zahradil und Milošlav Ransdorf, Beide 09.04.2003. — Einladungstext Václav Klaus vom 28.03.2002. Originaltext auf <http://www.klaus.cz>, 30.01.2006.

³⁸ Wenige Tage nach dem Besuch des Parlamentspräsidenten Pat Cox in Prag im März 2002 sagte Bernd Posselt in einer Talkshow des tschechischen öffentlich-rechtlichen Fernse-

namische Komponente der Debatte um die Dekrete nicht nur analytisch beschreibbar, sondern sie wurde selbst zum Bestandteil und Thema der Diskussion.

Dieser Wandel lässt sich, grob skizziert, wie folgt beschreiben: Nach der Eskalation der Auseinandersetzung auf internationalem Parkett wurde die Debatte in das Europaparlament getragen. Es folgte ein intensives Ringen um die Bestimmung und Verortung des Themas, dessen Höhepunkt und Wende die Publikation des vom Parlament bestellten Gutachtens des Völkerrechtlers Jochen Frowein bildete.³⁹ Von da an setzte eine Tendenz zur Versachlichung ein, denn die Verhandlungen wurden fortan im Zeichen des Rechtsgutachtens geführt. Mit der Verabschiedung der Erweiterungsempfehlung für die Tschechische Republik rückte die Kontroverse aus dem Horizont der von den Abgeordneten als dringlich angesehenen Verhandlungen heraus, und mit dem Einzug osteuropäischer Mandatsträger wurden die Konfliktlinien innerhalb des Parlaments eingeebnet. Mit der zuletzt beschriebenen Phase gehen interessante teilweise ein Bedeutungsverlust der Problematik und die Tendenz, sie als ein auf einer bilateralen Ebene zu klärendes Problem anzusehen, einher.

Unter den in der Frage aktiven Abgeordneten befinden sich mehrere, deren persönliches Schicksal eng verknüpft mit der Zwangsumsiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei oder den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie nach Ende des Zweiten Weltkriegs ist. Dies sind die Abgeordneten Ingo Friedrich (EVP, CSU), Klaus Hansch (SPE, SPD), André Brie (KVEL/NGL, PDS), und Hans Modrow (KVEL/NGL, PDS).⁴⁰ Allein bei Bernd Posselt (EVP, CSU) manifestierte sich die Provenienz vor allem in seiner Leitungsfunktion als Bundesvorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft, die er seit 2000 innehat. Der Nachkriegsgeborene sagt, dass die Enteignung der Deutschen in Böhmen ein Vorgang sei, „der meine Familie unmittelbar betroffen hat“. Er sei dementsprechend „damit aufgewachsen“.⁴¹

hens, das Europäische Parlament fordere die Aufhebung der Dekrete [Tonaufzeichnung und Transkription der Sendung im Archiv des Verfassers]. Wie ernst sein Auftritt genommen wurde, zeigt die Anwesenheit von Pavel Telicka, des stellvertretenden tschechischen Außenministers, der Posselt widersprach und die zu diesem Zeitpunkt gültige Entschließung des Europäischen Parlaments wiedergab.

³⁹ Frowein, Jochen A.: Legal Opinion concerning Benet-Decrees and related issues, Heidelberg 2002. — Siehe auch das Gegengutachten der Sudetendeutschen Landsmannschaft: *Blumenwitz, Dieter*: Entfallen die Benet-Dekrete und das Gesetz Nr. 115 vom 8. Mai 1946 (Strafgesetzbuch) noch heute eine diskriminierende Wirkung, die dem Völkerrecht und dem Recht der Europäischen Union entgegensteht? Würzburg 2002.

⁴⁰ Friedrich gibt seinen Geburtsort mit „Kurno/Warbeland“ an. Zur Zeit seiner Geburt befand sich der polnische (und zudem seit 1807 nicht mehr deutsch verwaltete) Ort Kurno im nach der nationalsozialistischen Okkupation Polens eingerichteten „Warbegaus“. Hansch gibt an, in „Sportau (Schlesien)“ geboren zu sein und erwähnt in seinem Lebenslauf die ihm von der Stadt Szprotawa verliehene Ehrenbürgerschaft. Modrow gibt seinen unweit von Szczecin liegenden Geburtsort mit „Jaschitz (Polen)“ an. Siehe jeweils die Selbstvorstellungen auf <http://www.europarl.eu>, 30.01.2006. — Brie berichtet, dass seine Eltern und Großeltern deutsch-jüdische Kommunisten waren, die von 1933 bis 1939 im tschechoslowakischen Exil lebten und politisch aktiv waren. Interview André Brie, 19.12.2002.

⁴¹ Interview Bernd Posselt, 18.12.2002.

Bemerkt werden soll an dieser Stelle, dass sich im Europäischen Parlament keine tatsächliche Transnationalität der Diskurse ausfindig machen lässt. Denn obwohl es insgesamt eine transnational arbeitende Institution ist, handeln die Abgeordneten eher inter-national im Sinne ihres Mandats, das heißt als Repräsentanten ihrer Herkunftsländer, ihrer Wähler, ihrer Wahlregionen und ihrer Heimatparteien. Eine gesamteuropäische Perspektive wird nicht zwangsläufig verfolgt, bestenfalls wird aus den jeweiligen Einzelperspektiven heraus eine Kontroverse darüber geführt, wie ein Europa politisch ausgestaltet werden könnte. Ein europäischer Gestaltungsanspruch äußert sich also je nach der Herkunft der Abgeordneten national, regional oder parteipolitisch. Dies gilt auch für die Debatten um die Präsidialdekrete, weshalb sich in der Einschätzung von Positionen des Europaparlaments vielfach verwendete, kollektivierende Formulierungen wie „Europa sagt“ eigentlich verbieten.

Symmetrien in den Debatten

Bei der Untersuchung geschichtlicher Bezüge in den parlamentarischen Debatten um die tschechoslowakischen Präsidialdekrete lässt sich ein Primat der Politik über den Umgang mit Geschichte nachweisen. Historische Anleihen werden vor dem Hintergrund einer politischen – und nicht primär geschichtsinterpretierenden – Strategie vorgenommen, womit Geschichtsbilder letztlich hinter politischen Forderungen zurückstehen. So lassen sich für jeden der bezogenen politischen Standpunkte Strömungen in der Geschichtsschreibung finden, die diesen untermauern können. Als Referenzfiguren werden die Geschichtsbilder in der Regel nicht noch einmal einer Reflexion unterzogen und bewegen sich auf einer Ebene thematischer Narrative und Generalargumentationen.

Eine innere Ursache für die feststellbare Zuspitzung des Konflikts zwischen beiden Parlamenten kann derart beschrieben werden, dass den mit einem bestimmten Problem befassten Gruppen im Europäischen Parlament eine besondere Sach- und Lösungskompetenz zugeschrieben wird, die aus der ständigen und gründlichen Beschäftigung mit einem spezifischen Problem herrührt. Dadurch wird solchen Gruppen eine diskursive Leitfunktion zuteil. Bernd Posselt sagt beispielsweise, er sei gerade in der Zeit, in der die Debatte am ausgeprägtesten war, „viel gefragt [gewesen] als jemand, der sich in der Materie auskennt“. Dass seine Arbeit nicht unbeachtet bleibt, bestätigt der Abgeordnete André Brie, der angibt, die von Posselt in den Parlamentsbetrieb eingebrachten Publikationen der Sudetendeutschen Landsmannschaft zu lesen, wenn auch „zum Teil mit Verwunderung oder Empörung“. Brie klassifiziert Posselts Vorhaben als Lobbyismus.⁴²

Ein großer Teil der EVP verhielt sich in dieser Debatte zunächst indifferent und orientierte sich an den Empfehlungen der aktiven Minderheit. Mit der neuen Grundlegung der Debatte durch ein Rechtsgutachten und der anschließenden

den Mäßigung verlor die beschriebene Minderheit an Einflussmöglichkeiten. Auch der Beschluss des tschechischen Abgeordnetenhauses vom 24. April 2002 wurde jedoch nicht aus der Mitte des Parlaments heraus initiiert, sondern von einer im Namen des „nationalen Interesses“ engagierten, in Führungspositionen befindlichen Minderheit eingebracht und durchgesetzt. Mir Miloš Zeman und Václav Klaus handelten dabei zwei exponierte und dominante Vertreter einer harten außenpolitischen Linie als Impulsgeber.

Der Prozess der Konsensfindung zu mit der Auslegung von Geschichte verbundenen Fragen ist im Europaparlament diffizil, denn in dem Selbstverständnis als Parlament verschiedener europäischer Kulturen hat es auch die Aufgabe, kulturelle Integrationsarbeit zu leisten. Eine Übereinstimmung über die repräsentierten Geschichtsbilder ist oft nicht herzustellen, also werden in den Diskussionen um die Präsidialdekrete Abstimmungen über Kompromisse geführt, die verschiedene Geschichtsbilder und -interpretationen in sich vereinen.⁴³ Etwas kontroverser formuliert, werden so Abstimmungen über die Legitimität von Geschichtsbildern geführt. Auch der Beschluss des tschechischen Abgeordnetenhauses vom 24. April 2002 wurde – der Verabredung der fünf Fraktionschefs entsprechend – in einem Konsens verabschiedet. Allerdings mag seine einer Akklamation ähnelnde Art der Verabschiedung – Wortmeldungen aus dem Plenum wurden nicht zugelassen – die im tschechischen Parlament zweifellos vorhandene Vielfalt von Positionen eher verdeckt haben.

Asymmetrien und Ungleichgewichte

Sowohl inhaltlich als auch in der Form werden die tschechoslowakischen Präsidialdekrete in beiden Parlamenten auf unterschiedliche Weise diskutiert. Im Europaparlament wurde die Diskussion um die Präsidialdekrete aktiv und ergebnisoffen geführt. Eine wichtige Orientierung gab im Laufe der Auseinandersetzung das Gutachten des Völkerrechtlers Jochen Frowein, das mögliche Lösungsperspektiven umriss. Die überwiegend informelle Debatte im tschechischen Abgeordnetenhaus besitzt in der Eigenwahrnehmung aufgezogenen Charakter. Von tschechischen Abgeordneten wird das Europaparlament in einer Reihe mit der bayerischen und österreichischen Politik genannt, wenn es um die Ursachen des äußeren Drucks geht. Insgesamt ist in der Debatte im Europäischen Parlament eine Verrechtlichung feststellbar, da viele beteiligte Abgeordnete beabsichtigten, sich auf beitragsrelevante Aspekte der Diskussion zu beschränken. Diese rechtliche Fixierung der Debatte mag von der tschechischen Seite zu einem gewissen Maße als restitutionrechtliche Fixierung

43) So finden sich zum Beispiel in der Entschließung zu den Fortschritten der Bewerberländer vom 20. November 2002 eine scharfe Verurteilung des Straffestellungsgesetzes und ein Hinweis auf die deutsch-tschechische Versöhnungsdeklaration von 1997 nebeneinander. Entschließung des Europäischen Parlaments zu den Fortschritten jedes Bewerberlandes auf dem Weg zum Beitritt (KOM(2002) 700 - C5-0474/2002 - 2002/2160(INI)). Punkt 58, 20.11.2002. <http://www.europarl.europa.eu>, 30.01.2006.

⁴² Flohrle. – Interview André Brie, 19.12.2002.

gesehen worden sein. So erfolgte im tschechischen Abgeordnetenhaus, möglicherweise hiermit korrespondierend, eine Orientierung der Debatte auf gesellschaftliche Fragen, indem zum Beispiel mit der Erarbeitung der so genannten Lex Beneš im Jahr 2003 eine Diskussion um Verdienste von Edvard Beneš auf die Tagesordnung gesetzt wurde.⁴⁴

Neben diesem Muster von Aktion und Reaktion gibt es weitere Asymmetrien, die in der Gegenüberstellung der beiden Debattenstrukturen zu Tage treten. Die tschechische Seite orientiert sich bei der Entwicklung ihrer Politik an extremen Positionen, die von der gegnerischen Seite erklingen. Diese Fokussierung der deutsch-tschechischen Beziehungen in Richtung sudetendeutscher Interessenverletzungen bringt eine Überbewertung des Konflikts und eine pessimistische Einschätzung der Ziele deutscher Europapolitik mit sich. Zusätzliche Unklarheit bestand durch die im Europaparlament von der dort vertretenen Sudetendeutschen Landsmannschaft und von Teilen der CSU verfolgte Argumentationsfigur „kein Unrecht ohne Entschädigung“, wobei die tschechische Seite Entschädigungszahlungen an in Deutschland lebende Sudetendeutsche zumeist ablehnt. Da der tschechischen Wahrnehmung nach eine Anerkennung von „Vertreibungsunrecht“ genutzt würde, um Entschädigungsansprüche zu formulieren, herrscht Unentschiedenheit bezüglich einer solchen Geste, und insgesamt entstand eine Patt-Situation.

⁴⁴ Die erste Lesung des Dokuments erfolgte am 25. Juni (siehe den Tagesordnungspunkt 27: Parlament České republiky, Poslanecká sněmovna 2002-2006: Stenografický zápis 18. schůze 25. června 2003 [Stenografisches Protokoll der Parlamentsdebatte vom 25.06.2003]. <http://www.psp.cz/eknih/2002ps/stenprot/018schuz/18-2.html>, 30.01.2006. — Vgl. den ersten Gesetzentwurf: Parlament České republiky, Poslanecká sněmovna 2003, IV. volební období, sněmovní tisk 301: Návrh poslanecké Jitky Gruntové, Radko Marínka a Kadeřáková: Zákon o zásluhách Edvarda Beneše, 25.06.2003 [Vorschlag der Abgeordneten Jitka Grunová, Radko Marínka und Karel Špíchal eines Gesetzes über die Verdienste Edvard Beneš]. <http://www.psp.cz/sqw/text/tiskt.sqw?n=4&cr=301&cl=0>, 30.01.2006. — Siehe auch die vom Abgeordnetenhaus gegen den Willen des Senats verabschiedete Fassung: Parlament České republiky, Poslanecká sněmovna 2004, IV. volební období, Ústavní č. 1078 k návrhu zákona o zásluhách Edvarda Beneše / sněmovní tisk 301/5/ — zamítnutému Senátem. 13.04.2004 [Beschluss Nr. 1078 zum Gesetzentwurf über die Verdienste Edvard Beneš – Parlamentsdrucksache Nr. 301/5/ – vom Senat zurückgewiesen]. <http://www.psp.cz/sqw/text/tiskt.sqw?n=4&v=US&cr=1078>, 30.01.2006. — Diese Fassung des Gesetzes trat automatisch in Kraft, nachdem Staatspräsident Václav Klaus es abgelehnt hatte, sich damit zu befassen. Der ungewöhnliche Gesetzgebungsweg ist dokumentiert auf <http://www.psp.cz/sqw/historie.sqw?n=4&T=301>, 30.01.2006. — Zum Gesetztestest vgl. Dokument CZ 7. — Während in der tschechischen Debatte hauptsächlich diskutiert wurde, ob Beneš die Auszeichnung wegen seiner affirmativen Haltung zur Sowjetunion vorenthalten werden sollte, richteten sich deutsche Kritiken vor allem gegen die Zwangsumsiedlung der böhmischen Deutschen aus der CSR. Vgl. Hanuš, Jitka: Zasloužil se o stát [Er hat sich um den Staat verdient gemacht]. In: Přítomnost, Frühjahr 2004. — Schwarz, Karl-Peter: Prager Parlament ehrt Beneš. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27. Juni 2003.

Fazit und Ausblick

Auch wenn es zu früh ist, die Debatten um die Präsidialdekrete nach der Erweiterung der Europäischen Union insgesamt als abgeschlossen zu betrachten, können wesentliche Bedeutungshorizonte, kontroverse Konfliktlinien und Schwerpunktverschiebungen der parlamentarischen Auseinandersetzung mit dem Thema resümiert werden.

Beiden Parlamenten gemeinsam ist die Erinnerung der Leiden des Zweiten Weltkriegs und vielfältiger Unterdrückung europäischer Bevölkerungen, welche in die Erkenntnis mündet, dass sich ein Jahrhundert der Gräueltaten in Europa nicht wiederholen dürfe. Die sudetendeutsche Darlegung einer Opferrolle böhmischer Deutscher steht in ihrer politischen Stoßrichtung der Argumentation tschechischer Abgeordneter gegenüber, der tschechische Nationalstaat sei von Deutschen im Zweiten Weltkrieg beinahe dauerhaft vernichtet worden. In beiden Parlamenten finden sich also Projektionen einerseits national (oder ethnisch) fixierter und andererseits gesamteuropäischer Geschichte.

Eine zurückhaltende Politik gemäßiger Kräfte, welche die Mehrheit im Europäischen Parlament und eine Minderheit im tschechischen Abgeordnetenhaus stellten und bis heute stellen, wurde einem im untersuchten Zeitraum in Deutschland, Österreich und Tschechien gleichermaßen herrschenden „Erinnerungsboom“ nicht gerecht, der die Nachfrage nach einer Beschäftigung mit der Erinnerungskultur und damit einen umfangreichen Diskussionsbedarf geschaffen hatte. In der parlamentarischen Auseinandersetzung fand der Konflikt um die Dekrete vielmehr in einer konstruierten Gegensätzlichkeit von paradigmatischen Topoi der Zukunftsorientierung und der Vergangenheitsaufarbeitung seinen Ausdruck.

Vor diesem Hintergrund wurde gezeigt, dass das Zusammenspiel 1) des Primats der Politik über den Umgang mit Geschichte mit 2) der Leitfunktion aktiver Gruppen und 3) den Mechanismen der Konsensfindung in den einzelnen Parlamenten dazu führte, dass in dieser Auseinandersetzung eine beiderorts vorhandene weltanschauliche und politische Vielfalt von Standpunkten, Zielen und Geschichtsbildern – wie sie zu Beginn des Beitrags beschrieben wurde – aus dem Wahrnehmungsfeld herausfiel. Stattdessen entwickelten jeweils beide Parlamente in einer inneren und äußeren Konfliktwahrnehmung zugespitzte Positionen, die innerhalb der internationalen politischen Auseinandersetzung sowie der national medial-öffentlichen und wissenschaftlichen Sphäre konkurrierten.

In der Diskussion um die Präsidialdekrete mehrten sich zurzeit Anzeichen einer mäßigen Wirkung der die Grenzen des ehemaligen Eisernen Vorhangs übergreifenden Parlamentsarbeit und einer Europäisierung des Denkens ihrer wichtigsten Träger. Im neu konstituierten Europäischen Parlament sind seit 2004 Kontrahenten der zurückliegenden Debatte aus beiden Parlamenten gleichermaßen vertreten, die teils sogar in der Fraktion der Europäischen Volkspartei vereint sind. Während europaweite Lösungsstrategien klassischer politischer Fragen an Akzeptanz gewinnen, wird die Frage der Präsidialdekrete

momentan als bilaterales Problem zwischen den beteiligten Nationen eingestuft. Der Komplex der Zwangsmigrationen in und nach dem Zweiten Weltkrieg und mit ihm auch die Frage der Präsidialdekrete sind weiterhin von hoher Bedeutung.

Ein gesteigertes Sensibilitätsbewusstsein bei denkbaren privatrechtlichen Restitutionsbestrebungen und möglichen symbolischen Wiedergutmachungen, auf der Ebene von Nachbarschaftspolitiken in den Grenzregionen, im Bildungsektor und der Wissenschaft sowie möglicherweise auch in mitteleuropäischen Identitätsdiskursen ist sicherlich notwendig. Allerdings sind auf der Ebene der europäischen Politik mit der EU-Osterweiterung strukturelle Voraussetzungen entfallen, die eine erneute, ähnliche Karriere des Themas auf diesem Feld möglich machen.

Adrian von Arburg

BREITER DISKURS AUF DÜNNEM EIS:

Tschechische Historiker und die Vertreibung der Deutschen seit 1990¹

Der Chefredakteur der auflagenstärksten historischen Zeitschrift in Tschechien, „Dějiny a současnost“ (Geschichte und Gegenwart), schrieb im Editorial zu einer Ende 2004 erschienenen Nummer, dass die Debatten um die Aussiedlung der Deutschen und generell das Bilanzieren der gemeinsamen Geschichte und Gegenwart von Tschechen und Deutschen in der ganzen tschechischen Presselandschaft der vergangenen 15 Jahre wohl überhaupt das häufigste Thema darstellten.² Diese Aussage mochte etwas überzogen sein, doch ist den beiden Prager Kollegen Michal Kopeček und Miroslav Kunštat beizupflichten, wenn sie ein Jahr zuvor konstatierten, dass die „sudetendeutsche Frage“ seit 1989 die am meisten diskutierte Thematik zumindest in der tschechischen *Historiographie* war. In der öffentlichen Sphäre Tschechiens sei der Gegenstand zu „einem der essentiellen Bestandteile des vielschichtigen und nicht eindeutigen Prozesses der Vergangenheitsbewältigung am Ende des 20. und am Anfang des 21. Jahrhunderts“ geworden.³ Tatsächlich wurde nicht erst seit dem erneuten Aufblammen der Debatte um die so genannten Beneš-Dekrete zu Anfang des Jahres 2002 in Tschechien ein bemerkenswert breiter Diskurs über das geführt, wofür der politische Kampfbegriff der „Beneš-Dekrete“ oder der in der bundesdeutschen Erinnerungskultur domestierte Doppelbegriff „Flucht und Vertreibung“ meist bloß als Chiffre herzuhalten haben. Diskutiert wird dabei nicht nur über die Modalitäten, also den eigentlichen Vorgang der Vertreibung und Zwangsaussiedlung der ehemaligen Staatsbürger der Tschechoslowakei deutscher Nationalität, oder etwa über ihre Genese, sondern auch und zumeist über das tschechisch-sudetendeutsche, tschechisch-deutsche und mitunter tschechisch-österreichische Verhältnis im 20. Jahrhundert schlechthin – mit allem Belastendem und Verbindendem, das zu diesen Beziehungsgeschichten dazuge-

¹ Der vorliegende Beitrag orientiert sich bezüglich Form und Inhalt bewusst am essayistischen Charakter des im Dezember 2004 gehaltenen Referats. Zum Teil aktualisiert wurden die Verweise im Anmerkungsapparat.

² *Zabudnutí, Tomáš: Na východ od Německa* [Östlich von Deutschland]. In: Dějiny a současnost 26/6 (2004) 1.

³ *Kopeček, Michal / Kunštat, Miroslav: „Sudetoněmecká otázka“ v české akademické debatě po roce 1989* [Die „sudetendeutsche Frage“ in der tschechischen akademischen Debatte nach 1989]. In: *Soudobé dějiny* 10/3 (2003) 293–318, hier 293 und 317. — Diese wie auch alle folgenden Übersetzungen wurden vom Autor vorgenommen.